

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/617 –

Einsparungen in der Regierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung und ihre Bundesministerien werden in ihrer Arbeit durch Staatssekretärinnen und Staatssekretäre unterstützt. In der 16. Legislaturperiode wurde die Zahl der entsprechenden Stellen um 10 Prozent auf 30 erhöht. Insbesondere die Ernennung eines weiteren Staatssekretärs im Auswärtigen Amt stieß auf heftige Kritik in der Fraktion der FDP. Der Abgeordnete Dr. Guido Westerwelle kritisierte diese Entscheidung mit den Worten: „Willy Brandt kam mit zwei Staatssekretären aus, Hans-Dietrich Genscher kam mit zwei Staatssekretären aus, und Joseph Fischer kam mit zwei Staatssekretären aus. Schätzen Sie sich denn um so viel schwächer ein, Herr Außenminister, dass Sie jetzt einen dritten Staatssekretär brauchen? Das ist doch albern!“ (Plenarprotokoll 16/129, S. 13547). Ähnlich äußerte sich der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion der FDP Jürgen Koppelin (Plenarprotokoll 16/128, S. 13407). Die Fraktion der FDP hat in der Folge konsequent die Streichung dieses dritten Staatssekretärspostens gefordert und dies in ihrem „liberalen Sparbuch“ für eine mögliche Regierungsbeteiligung als Sparmaßnahme zur Entlastung des Haushaltes angekündigt. Begründet wurde dies damit, dass die Einsparungen „den Bürger entlasteten“ (Haushaltsausschussdrucksache 16/4904). Darüber hinaus wollte die Fraktion der FDP in allen Bundesministerien mit Ausnahme des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jeweils einen Staatssekretärsposten einsparen (Haushaltsausschussdrucksachen 16/4628; 16/5019; 16/5432; 16/5192; 16/4638; 16/4997; 16/4943; 16/5126; 16/4660; 16/5295; 16/4926; 16/5325). Der FDP-Abgeordnete Dr. Werner Hoyer sprach in einer Pressemitteilung vom 15. November 2007 von einer „explosionsartigen Vermehrung von Staatssekretärsposten“ unter der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Dr. Werner Hoyer fungiert nun als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Der FDP-Vorsitzende Dr. Guido Westerwelle hatte bereits zum Start der 16. Legislaturperiode kritisiert: „Eine Regierung, die den Bürgern abverlangt, den Gürtel enger zu schnallen, gleichzeitig aber den eigenen Apparat aufbläht, verhält sich dreist und frech.“ Die Bundesregierung dürfe nicht Wasser predigen und selbst beim Wein bleiben (http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php/_c-554/_nr-101/i.html, abgerufen: 1. Februar 2010).

Der Abgeordnete Dr. Guido Westerwelle bekleidet nun seit einigen Wochen das Amt des Bundesministers des Auswärtigen und wird in dieser Funktion weiterhin von zwei Staatsministern und drei Staatssekretären unterstützt. Leider gibt es bis heute keine öffentliche Begründung des Bundesministers des Auswärtigen zu seinem Sinneswandel. Insbesondere hatte die FDP kritisiert, dass der neue Staatssekretär dem Bundesminister des Auswärtigen für innenpolitische Fragen beratend zur Seite stehen soll (Plenarprotokoll 16/128, S. 13407). Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion der FDP im Deutschen Bundestag spricht auf seiner Webseite (abgerufen am 1. Februar 2010) davon, dass der dritte Staatssekretär heute ganz andere Aufgaben hätte als unter dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier. Leider werden diese Aufgaben nicht weiter ausgeführt. In Anbetracht der von der Bundesregierung geplanten Neuverschuldung von knapp 86 Mrd. Euro, ist sie gehalten, jede Personalentscheidung besonders gut zu begründen. Ohne uns die oben zitierte Argumentation der Fraktion der FDP zu Eigen zu machen,

fragen wir die Bundesregierung:

1. Plant die Bundesregierung zur Konsolidierung des Haushaltes oder zur Finanzierung des Sozialausgleiches in der Gesundheitspolitik oder zur Finanzierung ihrer Steuersenkungspläne Stellenstreichungsvorschläge aus dem „liberalen Sparbuch“ der Fraktion der FDP (http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_article.php?wc_c=1505, abgerufen am 1. Februar 2010) umzusetzen?

Wenn ja, welche Stellen sind betroffen?

Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung dies?

Am 16. Dezember 2009 hat die Bundesregierung den zweiten Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 beschlossen und diesen am 1. Januar 2010 Bundestag und Bundesrat zugeleitet. Gegenwärtig wird der Bundeshaushalt 2010 in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages beraten. Die zweite und dritte Lesung des Bundeshaushaltes 2010 wird in der 11. Kalenderwoche stattfinden. Veränderungen im Haushaltsentwurf 2010 können nur noch vom Deutschen Bundestag bzw. dem federführenden Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages umgesetzt werden – der Haushalt 2010 liegt nicht mehr in der Hand der Bundesregierung; insofern kann sie gegenwärtig weder Planstellen noch Stellen streichen.

Mit dem Haushalt 2011 soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung die jährliche pauschale Einsparung von Stellen und Planstellen wie zuletzt in § 20 des Haushaltsgesetzes 2009 wieder aufleben. Die Höhe dieser pauschalen Stelleneinsparung ist bislang noch nicht festgelegt worden. Wie diese pauschale Stelleneinsparung konkret umgesetzt werden wird, liegt – wie in der Vergangenheit – in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Bundesministerien. Über einen daraus resultierenden Abbau von Stellen kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden.

2. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Auswärtigen Amt?
3. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium des Innern?
4. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Gesundheit?
5. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Bildung und Forschung?

6. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales?
7. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz?
8. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung?
9. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit?
10. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend?
11. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium der Verteidigung?
12. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie?
13. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung?
14. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundeskanzleramt?

Die Fragen 2 bis 14 werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Zum Bundeshaushalt 2010 vergleiche im Allgemeinen die Antwort zu Frage 1. Mit dem zweiten Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 wurde im Zuge von Umstrukturierungen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Staatssekretärsstelle eingespart.

Darüber hinaus plant die Bundesregierung gegenwärtig nicht, im Laufe der 17. Wahlperiode weitere Staatssekretärsstellen einzusparen.

15. Welche Funktionen und Aufgaben der Bundesregierung könnten bei Streichung einer Staatssekretärsstelle beim Auswärtigen Amt nicht mehr erfüllt werden (bitte jeweils einzeln begründen)?

Die Aufgabenwahrnehmung sowie die entsprechende Ressourcenausstattung im Auswärtigen Amt orientieren sich an den politischen Prioritäten der Amtsleitung. Die Anzahl der Staatssekretäre, die für die zielorientierte Wahrnehmung der Aufgaben des Auswärtigen Amtes verantwortlich sind, sowie deren Aufgaben, spiegeln diese Priorisierung wider.

16. Inwieweit haben sich die Zuständigkeiten im Auswärtigen Amt in Bezug auf die drei Staatssekretärsstellen seit dem Amtsantritt von Dr. Guido Westerwelle im Vergleich zur Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung seines Vorgängers Dr. Frank-Walter Steinmeier geändert?

Welche Aufgaben übernimmt Staatssekretär Dr. Peter Ammon?

Welche Aufgaben übernimmt Staatssekretär Wolf-Ruthard Born?

Welche Aufgaben übernimmt Staatssekretär Martin Biesel?

Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatssekretäre im Auswärtigen Amt wurden durch Erlass des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, wie folgt geregelt:

Staatssekretär Dr. Peter Ammon ist zuständig für die Zentralabteilung, die Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung (außer Referate 401, 402, 403), die Rechtsabteilung, die Abteilung Kultur und Kommunikation und das Protokoll. Staatssekretär Dr. Wolf-Ruthard Born ist zuständig für die Politischen Abteilungen, die Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Europaabteilung, die Abteilung für Vereinte Nationen und Globale Fragen sowie für den Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan. Staatssekretär Johannes Biesel ist zuständig für die Arbeitseinheit Koordinierung sowie die Referate 401 (Entwicklungspolitik), 402 und 403 (Außenwirtschaftsförderung).

17. Um welchen Betrag würde der Bundeshaushalt durch die Streichung einer Staatssekretärsstelle beim Auswärtigen Amt entlastet werden?

Der durchschnittliche jährliche Personalkostensatz für eine Staatssekretärsstelle (B 11) beläuft sich auf 185 893 Euro (bestehend aus 141 345 Euro Durchschnittsbezüge einschließlich Sonderzahlungen, 42 404 Euro Rücklagen für den Versorgungszuschlag, 2 144 Euro Personalnebenkosten Pauschbetrag).

18. Wie begründet die Bundesregierung das Festhalten an der aktuellen Zahl der Staatssekretärsstellen im Auswärtigen Amt bzw. der Zahl der Staatssekretärsposten in den anderen Bundesministerien (bitte jeweils einzeln begründen)?

Auf die Antwort zu Frage 15 wird verwiesen. Die dort genannten Erwägungen gelten auch für die übrigen Bundesministerien.

19. Welche Stellen wurden von der neuen Bundesregierung im Haushaltsplan 2010 gestrichen?
20. Welche Stellen wurden im Bundeshaushaltsplan 2010 gegenüber dem Bundeshaushaltsplan 2009 neu geschaffen?

Die Fragen 19 und 20 werden zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Zur Personalentwicklung ist in Ergänzung zur Antwort auf Frage 1 generell Folgendes festzustellen:

Die Bundesregierung hat mit ihrem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 vorgeschlagen, den Stellenbestand unter dem Strich um fast 600 Stellen bzw. Planstellen (– 581) abzusenken.

Mit dem Regierungsentwurf 2010 werden die gesetzlichen Stelleneinsparungen des Haushaltsgesetzes 2009 nachvollzogen: die pauschale Einsparung in Höhe von 0,6 Prozent der Planstellen und Stellen und die Stelleneinsparung auf

Grund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit von Beamtinnen/Beamten in Höhe von 0,4 Prozent der Planstellen. Aus dieser Maßnahme ergibt sich ein Wegfall von insgesamt 1 566,2 Stellen bzw. Planstellen; davon 114,5 bei den Ministerien bzw. den sonstigen Bundesoberbehörden, der Rest im nachgeordneten Bereich.

Dem Parlament wurde mit dem Regierungsentwurf aber auch in bestimmten Bereichen eine Stellenverstärkung in Höhe von 985,2 Stellen bzw. Planstellen vorgeschlagen. Auch hier hilft eine saldierte Betrachtung, die Zahl zu bewerten: Stelleneinsparungen in Höhe von 743,6 Stellen bzw. Planstellen und neue kw-Vermerke bei 85 Stellen bzw. Planstellen stehen Verstärkungen in Höhe von rund 1 800 neuen Stellen bzw. Planstellen gegenüber. Der Schwerpunkt liegt im nachgeordneten Bereich (rund 1 466). In den Bundesministerien und sonstigen Bundesoberbehörden (z. B. die Verfassungsorgane) sind es 347,3 Stellen bzw. Planstellen, größtenteils auf Grund neuer – auch gesetzlicher – Aufgaben bzw. Ausweitung bestehender Aufgaben, zum Teil auf Grund organisatorischer Umstrukturierungen.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2010 wurde als Bundestagsdrucksache 17/200 vom 1. Januar 2010 einschließlich Anlagen dem Parlament zugeleitet. Diese Vorschläge werden im Einzelnen im Laufe der parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt, welche derzeit noch andauern, vom federführenden Haushaltsausschuss abschließend beraten. Endgültige und verbindliche Aussagen über Personalveränderungen können erst nach der abschließenden Lesung im Deutschen Bundestag getroffen werden.

21. Wie viele Staatssekretäre und Staatsminister zählte die Bundesregierung jeweils in den Jahren 1998, 2002, 2005, Jahreswechsel 2008/2009 und Jahreswechsel 2009/2010?

Staatssekretäre und Staatsminister gehören der Besoldungsgruppe B 11 an. Da sich im Verlaufe eines Jahres durchaus Veränderungen in der Besetzung der B-11-Planstellen ergeben können, wird hier das Soll des jeweiligen Haushaltsjahres dargestellt. Die B-11-Planstellen beim Deutschen Bundestag, Bundespresseamt und Bundesrechnungshof wurden nicht berücksichtigt.

Haushaltsjahr	Anzahl B 11 (ohne entsprechende Planstellen für Bundestag, Bundespresseamt und Bundesrechnungshof)
1998	24
2002	25
2005	25
2008/2009	28/28
2009/2010	28/27

